

Verbands-Zeitung

Zugang für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mälzereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheinet wöchentlich am Samstag
Ergänzungspreis: monatlich 2,00 Mark; unter fremden 2,70 Mark
Eingetragen in die Post-Anstalt

Verleger u. Verantw. Redakteur: Fr. Weiss, Berlin, Unter den Eichen 10
Verwaltung und Expedition: Berlin, S. O., Schillerstraße 6
Druck: Hermanns-Druckerei, Paul Singer, Berlin, S. O. 10

Internatspreis:
Gesellschaftsmitglied: kosten die halbjährliche: 12 Pfennig
Schluss für Internats: 10 Pfennig, 100 Pfennig

Beiratswahl.

Am Sonntag, dem 14. September, findet in allen Zahlstellen die Wahl zum Verbandsbeirat statt. Die Wahlkreis-einteilung sowie die wichtigsten Bestimmungen über die Wahl selbst sind in Nr. 29/19 der Verbands-Zeitung abgedruckt. Die Wahlprotokolle sind nach Abschluss der Wahl sofort an den Verbands-Vorstand einzusenden. Die Wählerlisten sind am Orte zu belassen; sie sind nur auf besondere schriftliche Aufforderung einzusenden, sonst nicht. Der Verbands-Vorstand.

Bekanntmachung.

Der Verbands-Vorstand hat sich konstituiert und setzt sich zusammen:
E. Fackert, Vorsitzender,
G. Kämpfer, 2. Vorsitzender,
F. Tröger, Sekretär,
H. Gafke, Kassierer,
Fr. Krieger, Redakteur der Verbands-Zeitung.
Beisitzer: O. Fackel, W. Fischer, K. Gauth,
G. Leh, Fr. Cordts, O. Reifstam,
W. Janke, K. W. Witzke, Fr. Edmedler.
Der Verbands-Vorstand.

Verdoppelung der Biersteuer?

Die „Allg. Brauer- und Söwen-Zeitung“ Nr. 191 vom 18. August schreibt:

„Verlässigen Nachrichten zufolge hatte Reichsfinanzminister Erzberger kürzlich in einer Konferenz der Finanzminister der Gliedstaaten Deutschlands in Weimar die Absicht einer Verdoppelung der Biersteuer geäußert. Auch der bayerische Finanzminister Ered hatte in einer Ausschußsitzung am 23. Juli 1919 davon gesprochen, es sei eine Notiz durch die Wähler gegangen, nach der Erzberger sich im Sinne einer Verdoppelung der Biersteuer geäußert habe.“

Nachdem das Bier in Bayern nicht nur das allgemeine und fast ausschließliche Volksgetränk ist, sondern auch als Nahrungsmittel zu gelten hat und besonders das flüssige Brot für die werktätige Bevölkerung bildet, müßte eine Verdoppelung der Biersteuer geradezu verheerend auf den Absatz des bayerischen Bieres wirken. Die rückwirkende Schädigung auf die mit dem Braugewerbe auf Gedeih und Verderben verknüpfte Landwirtschaft und auf eine Unsumme von gewerblichen Handwerksbetrieben wäre unermesslich.

Die Verdoppelung der Biersteuer die eine Steigerung des Steuerfusses für den Heftlitter Vollbier von 5 auf 10 Mk. bedeuten würde, hätte einen ja bedenklichen Anstieg im Preis für die Lebensfähigkeit des größten Teiles des bayerischen Braugewerbes in Frage gestellt wäre. Der Bierpreis würde in Bayern die nie gekannte Höhe von ungefähr 80 Pf. für den Liter erreichen. Das bayerische Bier würde somit seine Bedeutung als Nahrungsmittel verlieren und nur mehr als Genussmittel bzw. als Luxusgetränk in Betracht kommen.

Das Präsidium des Bayerischen Bauernbundes hatte daher dringenden Anlaß, beim bayerischen Staatsministerium der Finanzen anzufordern, ob an dem Gerücht, daß an die Verdoppelung der Biersteuer gedacht wäre, etwas Wahres sei.

In Beantwortung dieser Anfrage erteilte der Finanzminister mit Schreiben vom 6. August 1919 folgenden Bescheid:

„Dem Staatsministerium der Finanzen ist seitens der Reichsregierung eine Vorlage, die eine Änderung des Biersteuergesetzes vom 26. Juli 1918 zum Gegenstand hat, bisher nicht zugegangen.“

Wir wollen hoffen, daß das durch Erzberger angeordnete Urteil, welches eine Auswirkung der Aufhebung des bayerischen Biersteuer-Verbotes darstellt, dem bayerischen Braugewerbe und dem bayerischen Volke erpart bleiben möge.

Bei aller Anerkennung der Geldbedürftigkeit des Reichs muß sich die Reichsregierung doch sagen, daß eine solche Dr.-Eisenhart-Aur dem Reich unmöglich finanzielle Vorteile bringen kann. Viel schlimmer noch als in Bayern würde die Wirkung u. G. im norddeutschen Brauereigebiet sein. Jede Steuererhöhung

kommt doch im Bierpreis und in verstärkter Form im Ausschank zum Vorschein. Soll das Bier in der Verfassung, wie es sich zurzeit dem Konsumenten präsentiert und in Rücksicht auf den Mangel an Rohmaterial auch auf längere Zeit noch bleiben wird, noch teurer werden? Wer wird denn da noch Bier trinken? Selbst wenn es mit der Zeit gehaltvoller wird. Dann wäre es ein Luxusgetränk, und das Endergebnis wäre ein Ruin der Industrie ohne finanziellen Nutzen für den Reichsstaat. Wir dachten, die letzte Biersteuererhöhung sollte abschließend sein, und es wurde damit schon das Gute zu viel getan. Nur lasse man das Bier endlich in Ruhe.

Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen etwaige Experimente, die die Existenzbedingungen der Brauereiarbeiter untergraben.

Die Gegner der Zwangswirtschaft.

Wenn wirklich das Sprichwort recht hat, schreibt die Nachrichtenabteilung des Reichs Ernährungsministeriums, daß diejenigen Frauen und Einrichtungen die besten sind, von denen man am wenigsten spricht, so dürfte es allerdings um die Güte der Zwangswirtschaft schlimm bestellt sein. Denn was nicht wird schon seit Jahren in Deutschland mehr gesprochen, als von der Zwangswirtschaft. Und keine Einrichtung erfreut sich in den weitesten Kreisen der Bevölkerung einer so großen und stets wachsenden Unbeliebtheit, wie diese aus Kriegsnöten geborene, unumgängliche nötige Maßnahme zur Durchführung der Volksernährung.

Es liegt in der Natur der Sache, daß man nur von denjenigen Seiten der Zwangswirtschaft spricht, die das Mißfallen der Bevölkerung erregen. Unerwähnt bleibt aber ihre guten Seiten, die man gar nicht kennt und ja, weil man sie wirklich kennt, als etwas Selbstverständliches hinnimmt. Man sollte doch nicht vergessen, daß es nur die Zwangswirtschaft des Getreides ermöglicht hat, daß auch in diesem Jahre trotz Krieg und Revolution unsere Volksernährung bis zur neuen Ernte sichergestellt und durchgeführt werden konnte. Nur geringe Mengen des Getreides, das uns die Entente liefert, sind zum Verbrauch benutzt worden, in der Hauptsache wurden unsere eigenen Erträge in Mühlen und Bäckereien zu dem täglichen Brot der Bevölkerung verarbeitet. Und wenn die Mutter auch noch so knapp und so unzureichend war, in jeder Woche ist auf jedem Kopf der Bevölkerung ein bestimmtes Mindestquantum zu geringen Preisen verteilt worden, während ohne Zwangswirtschaft die gemaltigen Mengen, die ja erst und gerecht unter die Bevölkerung verteilt werden konnten, zu gewaltigen Wucherpreisen den Kriegsteilnehmern, Soldaten und Revolutionärgeminnlern in den Lagern gemauert wären.

Dieje doch tatsächlich erzielten Erträge haben eine fleißige, unermüdete Arbeit eines umfangreichen Beamtenapparates zur Voraussetzung, die mit der Durchführung betrauten Beamten und Angestellten hätten zum mindesten Anspruch darauf, daß sie von den berufstätigen Vertretern des freien Handels nicht beschimpft werden. Aber was geschieht statt dessen? Während in den Tageszeitungen der Kampf gegen die Zwangswirtschaft zumeist in dem auch sehr oft doch sachlicher Form geführt wird, schlagen manche Organe der Fachpresse in letzter Zeit einen Ton an, dem man in der deutschen Publizistik bisher noch nicht gekannt hat. So spricht ein Blatt des Kolonialwarenhandels von den „verblödeten“ Anhängern der Zwangswirtschaft und entblödet sich selbst nicht zu behaupten, daß die Beamten, die die Kriegswirtschaftsämter und Wirtschaftsausschüsse besetzen, neben Schiebert die einzigen seien, die gegen den freien Handel arbeiten und damit die Interessen der Händler und Schleißhändler vertreten.

Wenn es tatsächlich Beamte geben sollte, welche die Händler- und Schleißhändlerinteressen vertreten, so wäre es Pflicht deren, die davon Kenntnis erlangen, sie ihren vorgesetzten Behörden momentlich zu benennen, anstatt der Gesamtheit der Bevölkerung derartig unaufrichtiger Vorwürfe zu machen. In jedem Falle dürfte die Anzahl solcher Beamten verschwindend gering sein gegenüber der riesigen Anzahl untauglicher Elemente des Handelsstandes die mit einem Meer von Verderb und Fäulnis und mit größter Ungenauigkeit den freien Handel fördern, am nach seiner Wiedereinführung in unerhöhter Weise mit den wichtigsten Lebensmitteln Wucher zu treiben. (Siehe: Bier, Luft, Seefische.)

Der ganze Charakter des Artikels, ferngelehrt sich in der Behauptung, daß die „ziende Zwangswirtschaft“ und „den Krieg hat beklagen lassen“. Bei der Suche nach den „wirklich Schuldigen“ glaubt man die weniger urteilsfähigen Teile des Volkes so gegen ein verhasstes System mobil machen zu können, in der stillen Hoffnung, daß vielleicht bei dem Waffenscheid von Scheiterhaufen gegen die Schuldigen auch das einwilligen noch unentbehrliche Zwangssystem mit verbrannt werden kann.

Die Zukunft der Brauerei.

Gegen dem zur Diskussion gestellten Artikel in Nr. 18 der „Verbands-Zeitung“: „Die Zukunft der Brauerei“ hätte ich denn doch einiges einzuwenden. Wenn der Verfasser das Wort: „Freie Bahn dem Lichtigen“ im Sinne der Wandlungslehre auffaßt, so kann diese Auffassung nie die unsere sein, denn wir haben ja bis jetzt gesehen, daß beim freien Wettbewerb die Arbeiterkraft verflankt wäre, wenn nicht die Gewerkschaften dem Treiben der Unternehmer einen Topp entgegengelehrt hätten. Ein Aufstieg des Befähigten oder auch Unbefähigten im alten Sinne war vom Kapital und Verbindungen abhängig. Dieses System wollen wir doch beibehalten. Weiter zitiert der Verfasser einen Satz Muskas: „Das reichste Land ist dasjenige, welches die meisten glücklichen Menschen nährt, und sagt hierauf, dieser Zustand kann nur erreicht werden, wenn jeder Mensch für das allgemeine Wohl arbeitet. Ganz meine Meinung. Nur glaubt er aber, das Volk wäre nicht reif wegen der grassierenden Verelendung. Außerdem wäre der Zeitpunkt für die Industrie ungeeignet.“

Ich glaube nun, daß die Menschheit niemals reif sein werden, sondern zum Sozialismus erzogen werden müssen. Gerade deshalb müssen wir jetzt mit der Vorbereitung zur Sozialisierung beginnen. Eine sozialistische Betriebsorganisation ist Sache der Gemeinschaftsarbeit. Dazu ist geistige und seelische Umformung der Beteiligten nötig. Das auf unabsehbare Zeit eine Einführung von Rohmaterialien nicht zu erwarten ist, stimmt auch nicht; das Gegenteil ist der Fall. Unsere Tageszeitungen wissen fast täglich zu berichten über Anbahnung der Handelsbeziehungen mit dem bisher feindlichen Ausland. Solange unser Wechselkurs noch so ungünstig steht, wird natürlich Auslandsware nur auf wirklich notwendiges zu beschränkt sein. Der Kapitalismus ist der Vorläufer des Sozialismus.

Wir heißt es weiter: Was würde die Sozialisierung für uns Brauereiarbeiter und -angestellte bedeuten? Unter der Regierung von Gottes Gnaden haben kapitalistische Brauereiarbeiter und Aktionäre selbst unter Mitwirkung des Geistes die Vergesellschaftung der Brauereibetriebe im Interesse eines kleinen Kreises angestrebt. Wenn der Verfasser nun glaubt, dieses System führt uns dem höheren Ruin zu, so bin ich gegenteiliger Ansicht.

Nach die kolossalen Belastungen der Industrie sind nicht mehr in der Lage, die h. unrentable Betriebe mitzuschleppen, sondern dieselben haben von der Hilfskasse zu verschwinden. Der Arbeitererwerb ist nur vorübergehend, sobald unsere Systemindustrie wieder richtig in Gang kommt, wird es an Arbeitskräften fehlen. Der den kleinen süddeutschen Brauereien rentiert nicht die Brauerei, sondern der Verkauf im eigenen Ausschank und die Landverteilung. Diesen kleinen Brauereien will auch niemand das Lebensrecht abschneiden, denn wenn wir uns nach in den Zeiten des Meingewerbes befänden, würde kein Mensch an Sozialisieren denken. Im sozialistischen Staat ist eben der Bereichsgewinn des selbstarbeitenden Besitzers dessen Arbeitslohn. Sobald er aber Hilfskräfte benötigt, hat er dieselben nach Lust zu entlohnen, denn kein Mensch hat das Recht, sich auf Kosten eines anderen zu bereichern. Letzteres ist kapitalistisches Parassitenmoral. Während sich im Großbetrieb der Achtstundentag spielend durchführen läßt, wird dies im Kleinbetrieb schwer halten.

Eben weil es nicht nötig ist, daß der einzelne soviel Gewinn einsteckt, wollen wir vorerst die Bereiche, die h. weitgehendes Mitbestimmungsrecht. Auf der zu entwickelten Seite müssen die Gesetze weiter entwickelt und verbessert werden, welche der Gesamtheit der Berufsangehörigen besserer Arbeitsbedingungen gewährleisten, andererseits aber auch ein höheres Verantwortlichkeits- und Pflichtgefühl großziehen. Jeder einzelne Berufsangehörige muß überzeugt sein, daß er für sich arbeitet und seinen verdienten Lohn verlässig erhält, dafür aber auch mehr Eifer, Gemein- und Pflichtgefühl zu entwickeln hat wie im kapitalistischen Betrieb. Der Verfasser scheint Sozialisierung mit Fiskalisierung zu verwechseln, dadurch hätten allerdings

die Berufsangehörigen keinen Vorteil, höchstens würde das Produkt unter bürokratischer Verkünderung leiden.

Wenn der Verfasser Schmach und Schande ruft über das amerikanische System, so bin ich bezüglich der dort vorfindlichen Arbeitslosigkeit mit ihm einverstanden. Das Verstreuen des Braupatents, in rücksichtsloser Weise Gewinne einzufahren, hat dort dazu geführt, aus billigen und schlechteren Rohstoffen ein ebenso schlechtes, aber verhältnismäßig nicht billiges Getränk in den Handel zu bringen. Erziehung vom Biergenuss und seit 1. Juli Verbot der Kleinbrauerei durch Gesetz waren die Folge. Um diesem zu entgegenstreben, wird eine Konjunkturberrettung im obersten Rat an. In anderen Teilen ist seine Ansicht nicht, in der sozialistischen Gesellschaft verdrängt die billiger arbeitende Maschine teilweise den Arbeiter, sie nimmt ihm nur geistige und ermüdende mechanische Bewegung ab. Letzten Endes leben wir nicht um zu arbeiten, sondern wir arbeiten, um zu verhalten, dazu bedarf es nicht unproduktiver Arbeit. Das Wohl des Staates hängt nicht ab von dem Maß der geleisteten Anreizung, sondern von dem Maß der produzierten Waren.

Im sozialisierten Betrieb werden auch unsere alten bewährten Fachleute weiter wirken, oder glaubt der Verfasser etwa, wir wollen dieselben tauscheln? Ich bin der Ansicht, es kann dem Betriebsleiter einerlei sein, ob er für eine Aktiengesellschaft, eine G. m. b. H. Genossenschaft oder sonst welche Auftraggeber tätig ist. Wenn sich der eine oder andere dieser Herren dem Geist der neuen Zeit nicht mehr anpassen kann, so sehe ich darin keinen Schaden für unser Gewerbe, erstens haben wir befähigte Kräfte im Überflusse, wie jedes Interat beweist, zweitens ist schon mancher verkünderter Betrieb durch Eintritt einer jungen Kraft wieder flott geworden. Daß dem Betriebsleiter tags über irgendem Betriebsstättigen, dazwischenreden könnte, ist lächerlich. Richtlinien werden bei Anstellung aufgestellt, dieselben werden von den maßgebenden Faktoren am Jahresabschluss eventuell revidiert. Gelegentliche Differenzen zwischen Arbeiter und Leitung hat der Betriebsrat abzuwecken.

Weiter heißt es: Hier könnte auf dem Weltmarkt niemals wieder hochkommen, selbst bei der Fabrikation besserer Qualitäten. Die Konfurrenz des Auslandes mühte unser Produkt in aller Welt zu verdrängen, daß wir nie mehr durchdringen könnten usw. Die Folgen unserer Unfähigkeit müßten sich an uns selbst noch bitter rächen. Jetzt, da ich doch einer lang himl. Warum soll denn unser Bier auf dem Weltmarkt nicht wieder hoch kommen? Selbst bei der Fabrikation besserer Qualitäten? Ich erinnere nur an das bekannte „made in Germany“. Warum denn Unfähigkeit? Im Gegenteil, wir wollen ja mehr und Besseres leisten. Was kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiter auch über die Betriebsvorgänge aufgeklärt werden. So haben z. B. die wenigsten eine Ahnung, was die Kaffeebohnen kosten, ganz zu schweigen von den vielerlei anderen Umständen. Wenn dem Arbeiter die Werte zum Bewußtsein kämen, würde häufig sparsamer und vorzüglicher gearbeitet.

Ich sehe nun durchaus nicht in den hohen Summen des Reingewinns in der Brauindustrie ein geeignetes Sozialisierungsobjekt, sondern in der Entwicklung zur Großindustrie. Wenn ich mich an die Zeiten meiner Lehre (87-90) und die ersten Buchjahre in Süddeutschland und Bayern denke, überflutet mich eine Gänsehaut. Denn was da an nutzloser, umständlicher und unproduktiver Arbeit geleistet wurde, geht auf keine Fausthaut. Ich sehe heute besser, ich habe mir in erster Linie dem Verband zu danken. Durch die starke Arbeitseinsatzverteilung und Lohnherabsetzung wurde die Existenzfähigkeit angeregt, zum Nutzen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Auch Sozialisierungsarbeit.

Wollt der Verfasser die Kleinbrauerei künden, anstatt sie zu erwidern, daß eine Reihe kleinerer Brauereien ihr Gelände und Grundstücksverhältnisse ganz abgegraben haben, außerdem noch über große Reserven verfügen, daher auch die hohen Dividenden. Daß ein solches Unternehmen Betrieb einem gutunterhaltenen in letzter Zeit nicht nachstellt, ist eine Unmöglichkeit. Außerdem hat der normale Satz nicht 50 Mk., sondern 20 Mk. pro Hektoliter Befähigung für Brauerei mit Mälzerei. Kleinbrauerei mit eigener Wirtschaft natürlich mehr.

Wohin kommen nun aber diese Reserven? Sind nur aus geleisteter Arbeit. Wer aber ist der Genießer? Gewöhnlich Arbeiter? Wir wissen sehr gut, daß diese Reserven auch in Zukunft notwendig sind, wenn nicht vorhanden, ausgezehrt werden müssen. Deshalb erstreben wir weitgehende Mitbestimmungsrechte, um den erarbeiteten Gewinn auch dem Berufsständigen nach Recht und Gerechtigkeit zuwenden. Der soziale Staat ist der Dividendenidioten des Aktionärs wertlos, denn nur der Berufsständige erhält von seiner Berufsgenossenschaft seinen Verzehrsanteil, und sind nur diese erarbeiteten Wertmarken gültige Wägen. Nur wenn Kapitalistengruppen des einzelnen vorzubringen, wird das Erbe abgegraben.

Über Qualitätsfragen möchte ich bemerken, daß mir die höchste Werte vom Publikum sowieso abgelehnt werden, das Bezugsgegen einer Marke beruht fast immer auf Einwirkung.

Der Verfasser gibt selbst zu, daß der Großbetrieb rentabler wirtschaftet als der Kleinbetrieb, weil aber den Kleinbetrieb hinsichtlich anreicherhalten, geschieht im Interesse der Arbeiter, d. h. um Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Was besteht aber in der Transparenz die Leistung, idiosyncratische Anlagen auf den Selbstpreis umzurechnen; wenn man eine interessante Brauerei über Anwartschaft an eine andere stellt, so erhalten die Gastwirte ihr Verlangen nach von lebender Gersten und davon nicht weniger. Wenn man sämtliche deutsche Brauereien eine Genossenschaft bilden, in welcher jedes 500000 Hektoliter Bier hergestellt werden und legen wir 120000 Arbeitskräfte tätig sind, so hat jeder Hektoliter Verkaufsbier die gleiche Zeit am Arbeitsplatz zu tragen, als nur die Verwertung in einer Anlage Kleinbrauerei oder in wenigen Großbetrieben hergestellt wird. Die Vorteile wären aber für die 120000 nicht von der Hand zu weisen, erstens wird billiger produziert, zweitens ist in einem reichlich auf der Höhe stehenden Großbetrieb eine gleichmäßig ersichtliche Qualität zu erwarten, drittens wird die körperlich schwere Arbeit hauptsächlich von Maschinen geleistet.

Wenn nun von gewissen Seiten gesagt wird, der Ver-

band wäre unnötig, so berührt mich dies wie etwa das Treiben eines Mannes, der mit der Absicht ungeht, ein neues Haus zu bauen und nun zuerst mit dem Abbruch des alten beginnt und erst bei Frost und Unwetter zur Einkehr kommt. Im Gegenteil, sämtliches Brauereipersonal muß für den Verband gewonnen werden, denn da wird das so notwendige Gemeinschaftsgefühl gepflegt und gestärkt, außerdem kann durch den Verband unser Einfluß auf die Gesetzgebung erhöht werden.

Meine Auffassung geht nun dahin, die Sozialisierung wird und muß kommen, aber nicht von heute auf morgen, sondern wird zu ihrer Verwirklichung Jahre- und Jahrzehntelanger Arbeit bedürfen. Das wichtigste, was uns der Sozialisierung näherbringt, wird in den nächsten zehn Jahren sein: der Zusammenbruch der Großbetriebe einerseits, andererseits der von der Arbeitsgemeinschaft ins Auge gefaßte Reichstanz und die Arbeit für den Ausbau des Gesetzes über das Mitbestimmungsrecht. Dadurch, daß jeder Arbeiter über die Betriebsvorgänge unterrichtet ist und gelernt hat, eine Bilanz richtig zu lesen, durch Wahl seiner Vertrauensleute in die Betriebsleitungen gewissermaßen an der Prosperität des Unternehmens interessiert ist, wird ihm ganz von selbst die Erkenntnis der Verantwortung dämmern, welche er übernimmt hat.

Im Laufe der Jahre werden sich aus den Berufsangehörigen heraus genug fähige Köpfe entwickeln. Den Welt- und das deutsche Bier hat doch der praktisch arbeitende Fachmann begründet, nicht die nach hohen Dividenden und fetten Pfänden spielenden Aktionäre und ihre Sprößlinge. F. C. Reußlin.

Lohnbewegungen im östlichen Westfalen, beider Lippe und Osnabrück und Umgegend

II.

Mühlen: Die Bewegungen in den Mühlen führten zu allgemeinen Lohnherabsetzungen, die im Durchschnitt bis 15 Mk. pro Woche betragen. Die Bernischmühle in Osnabrück erkannte den Vertrag an, lehnte aber nachträglich die Unterzeichnung ab. Unsere Kollegen sorgten aber für Einhaltung. Gosling in Osnabrück glaubte nicht in der Lage zu sein, einen Vertrag abzuschließen, da zu dieser Mühle auch noch eine Brennerei gehört, die stillliegt. Die Verhandlungen wurden für ihn durch den Verband industrieller Arbeitgeber von Osnabrück und Umgegend geführt. Da die Belieferung der Mühle zu wünschen übrig ließ, gab er uns mit der Zustimmung, daß er dieselben Löhne wie Arbeiter Bernischmühle zahlen zu lassen. In dem Herforder und der Pilsener Mühle blieb es ebenfalls bei der Lohnherabsetzung, ein Tarifvertrag kam auch da nicht zustande. Auch diese Herren hatten allerdings Ausredens unter anderem sagten sie auch über Nichtbelieferung, aber in der Hauptsache hatte es ihnen der Inhalt des Tarifvertrages, besonders die Bestimmungen sozialpolitischer Charakter angehen. Bei den Verhandlungen in Herford, wo die Herren Vorsicht, Wille, Medendorp, Mittelstädter, Mühle und Depenbrock, Rademiger Mühle Herford und Herr Kemna als Vertreter der Kochschen Mühle in Herforder zugegen waren, kam dies besonders zum Ausdruck. Urlaub gibt keinen, mit allem Kraft wollten sie drei Tage bewilligen. Die Forderung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld wird abgelehnt, das rühre dazu, daß alle Arbeiter anfangen, zu simulieren. Unsere Kollegen waren der Meinung, daß unter solchen Umständen ein best. dgender Tarifvertrag nicht zustande kommen würde und vertagten die Lohnbewegung. In Herforder gen. Kochsche Mühle kam es zum Tarifabschluß, der unseren Kollegen weitestgehende Vorteile brachte: der Lohn wurde auf 68 Mk. und 68 Mk. für die beiden ersten Lohngruppen und für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf 58 Mk. festgesetzt. Der Vertrag war unbestimmt mit sechsmonatiger Kündigungsfrist. Die Kündigung ist inzwischen erfolgt. In Löhne und Osnabrück, Pilsenerische Mühlen wurden ebenfalls die Löhne gesenkt. Herr Nigler wird einem Vertragsabschluss aus, er ließ uns nach den letzten Verhandlungen überhört, trotz Rufes, keine Nachricht mehr zukommen. Beliebt erklärte er den Arbeitern, er wolle den vereinbarten Lohn zahlen, sie sollten aber dafür sorgen, daß ihn dann der Verband in Ruhe lasse. Auch hier muß das unter Brauereien Geübte wiederholt werden, daß das Arbeitsrecht mit dem Unternehmer aufhängen muß. Die Forderung des einzelnen Arbeiters ist nicht maßgebend, weil er nicht über die Interessen seiner Mitarbeiter bestimmen kann. Es ist schon besser, unsere Kollegen halten an ihren Forderungen durch. Jedenfalls ist es grundsolid, wenn einzelne Kollegen, wenn sie vom Unternehmer getrennt werden, nur ja sagen, damit sie ihn los werden, wie dies in der Versammlung zum Ausdruck gebracht wurde. Aber Herr Nigler möchte mit den guten Arbeitgebern sich nicht um die Sozialisierung seiner Arbeiter kümmern, dies ist ihre eigene Angelegenheit und geht dem Unternehmer gar nichts an. Was soll es heißen, wenn Herr Nigler zu den Sozialisten sagt, sie brauchen nicht in den Verband, sie seien keine Mühlenarbeiter. Dies ist ein Eingriff in das Mitbestimmungsrecht, das mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß. Die Mühlenarbeiter sollten aber darauf lernen, daß sie sich auf dem richtigen Weg befinden, wenn sie dem Verband angehören, weil dadurch ihre Interessen gewahrt werden. Gerade die Angst der Unternehmer vor dem Verband muß ihnen die Augen öffnen. Die Mühlenarbeiter gehören noch zu denjenigen Arbeitgebern die am wenigsten den Verhältnissen Rechnung tragen. Am 3. August fand in Herford eine Konferenz der Mühlenarbeiter statt; diese beschloß nunmehr erneut Forderungen einzulegen und nicht zu ruhen, bis ein Tarifvertrag für alle Mühlen des Bezirks zustande kommt. Die Kollegen sind entschlossen, diesen, wenn notwendig durch Kampf durchzusetzen. Die Zeit muß genutzt werden und müssen die noch unorganisierten Mühlenarbeiter dem Verband zuerkannt werden.

Brennereien: Die Bewegungen in den Brennereien Osnabrück und Herford, Herforder in Osnabrück, Loh, Herder in Lippstadt führten zu Lohnherabsetzungen von 20 Mk. durchschnittlich pro Woche. Die Forderungen wurden, soweit solche bestanden, abgelehnt. In

Settrup bei Jürißenau, Firma Tebbenhoff, kam es zum erstmaligen Tarifabschluß, der unseren dortigen Kollegen gute Nachrichten brachte. Die Löhne wurden auf 70 Mk. für die 1. Lohngruppe, 68 Mk. für die 2. Lohngruppe, 50 Mk. für die 3. Lohngruppe und 40 Mk. für die 4. Lohngruppe. Überstunden werden mit 25 Proz. und 50 Proz. bezahlt. Urlaub wird ohne Lohnabzug bis zu 14 Tagen gewährt. Der übrige Inhalt des Tarifvertrages wurde anerkannt. Um das Erreichte zu halten ist es Pflicht, daß sich alle Betriebsarbeiter dem Verband anschließen. In Steinhagen dankt die Lohnbewegung sehr Herrn, und es muß schon gesagt werden, daß unsere dortigen Kollegen die größte Geduld an den Tag legten. Das erste Ergebnis war eine Teuerungszulage von 20 Mk. und 25 Mk. monatlich, diese wurde dann auf 40 Mk. erhöht. Unsere Kollegen gaben sich aber damit nicht mehr zufrieden, sie verlangten den Abschluß eines Tarifvertrages. Wir hatten alle friedlichen Mittel erschöpft, der Schlichtungsausschuß war schon angerufen und wurde den Brennereibesitzern empfohlen, sich mit uns zu einigen. Doch die Herren hielten sich auf dem Standpunkt, sie hätten dies nicht nötig. Ihren ablehnenden Standpunkt begründeten sie mit dem Inkrafttreten des Monopolgebietes, da ja dann doch die Arbeitsregelung erfolgen werde. Unsere Kollegen hatten aber endlich die Geduld verloren und stellten ein Ultimatum, als die Frist abgelaufen war und die Firmen nichts von sich hören ließen, da legten in den Betrieben G. W. Schlichte und Fris Jüdemüller 42 Kollegen die Arbeit nieder. Nach zweitägigem Streik wurde eine Einigung erzielt, es wurde eine Vereinbarung getroffen, wodurch die Lohnverhältnisse geregelt werden. Die Wünsche der Arbeiter wurden nicht alle erfüllt, aber gegenüber den früheren Verhältnissen stellt diese Vereinbarung einen wesentlichen Fortschritt dar. In Betracht muß gezogen werden, daß die Betriebe in der Hauptsache still liegen, so daß die Arbeiter mit Notstandsarbeiten oder Landarbeiten beschäftigt werden. Die Erhöhung beträgt seit Einleitung der Lohnbewegung durchschnittlich 20 Mk. pro Woche bei den beiden ersten Lohngruppen und 10 Mk. bei der letzten. Überstunden werden mit 25 Proz. und 50 Proz. bezahlt. In Betrieben G. C. König und C. W. Tafel haben ebenfalls bewilligt. Dadurch ist auch in Steinhagen die Vorbedingung für eine günstige Weiterentwicklung geschaffen. Die Betriebe Schlichte, König und Tafel sind ihren Verpflichtungen nachgekommen. Jüdemüller scheint wieder eine unrichtige Ausnahme machen zu wollen. So hatte Jüdemüller schon die Teuerungszulage nicht bezahlt und auch jetzt macht er wieder Schwierigkeiten bei der Lohnzahlung und versucht die Abmachung zu umgehen und unseren Kollegen weniger Lohn zu zahlen. Dies, trotzdem er einer derjenigen war, der während der ganzen Kriegszeit und auch noch heute die höchsten Preise für seine Ware nahm. Wir werden ihm die größte Aufmerksamkeit widmen und auch nicht davor zurückschrecken, eventuell nachmalig den Kampf mit ihm aufzunehmen. Es würde ferner noch vereinbart, daß eine einmalige Entschädigungssumme für alle Kriegsteilnehmer von 100 Mk. und für alle übrigen Arbeitnehmer von 50 Mk. gezahlt werde. Ferner wurde protokolliert, was die Arbeiter für Wohnung- und Landmiete zu zahlen haben. Dadurch dürfte vor allen Dingen einmal das Abhängigkeitsverhältnis einen Stoß erhalten haben, und wenn unsere Kollegen die richtige Anwendung aus der Bewegung ziehen, so wird diese einmal geschichtliche Bedeutung für Steinhagen haben. Vor wie nach muß es aber heißen, alle Brennereiarbeiter müssen dem Verband angehören. (Die protokollierten Forderungen sind auch in Settrup ähnlich wie in Steinhagen getroffen). In Osnabrück, Brennerei W. Sonntag, kam es ebenfalls zum Streik. Dieser Streik gibt in der Dillwipfelfeld seinen Steinhäger Kollegen nichts nach. Nach sechsständiger Dauer wurde auch hier eine Einigung erzielt und der Tarifvertrag anerkannt. Lohnforderungen seit der ersten Eingabe 24 Mk. pro Woche. Anerkennung des übrigen Inhalts des Tarifvertrages.

Verchiedene Betriebe: Tarifabschlüsse mit den Firmen Gebr. Tintelnot und Oble u. Bonnaber in Osnabrück. Lohnbewegungen seit erster Eingabe pro Woche durchschnittlich 22 Mk. Produktionswerke Gebr. u. Co. in Osnabrück (früher Brauerei Altmann u. Daber): Lohnbewegung seit erster Eingabe 100 Proz. oder durchschnittlich pro Woche in den ersten Lohngruppen 40 Mk., in den übrigen Lohngruppen 22 Mk. Firma Gardied, Bielefeld, Lohnbewegungen durchschnittlich pro Woche 26,50 Mk. Bei allen Betrieben Anerkennung des übrigen Inhalts des Tarifvertrages.

Die Lohnbewegungen haben viel Arbeit erfordert und ist diese nur zu bewältigen, wenn unsere Kollegen intensiv mitarbeiten, in der Zukunft noch mehr, als in der Vergangenheit. Es sind noch viele Nacharbeiten auszugleichen, da muß die rückliegende Zeit als Lehre dienen. Ein esoterisches Weiterbauen ist aber gewandelter, wenn alle in Frage kommenden Arbeiter und Arbeiterinnen sich dem Verband anschließen.

Bewegungen im Fernfeld

Brauereien, Herforderlagen

Herford. Die Bewegung der Brauereiarbeiter der Brauerei Herder. Der Wiederaufbau der Lohnbewegung in der Brauerei Herder ist für die Arbeiterzeit von weittragender Bedeutung. Man hatte es da mit einem Unternehmer zu tun, der in Baden eine ziemlich berühmte Infolge seiner verdröbeneten Nachkommen und Schwägerinnen besitzt. Von jeder hat es Herr Herder verstanden, die Arbeiter in seinem Betrieb auf das rückständigste auszubilden und jedes Ansehen der Organisation durch Wechsellagen zu verhindern. Die tarifliche Verhältnisse, die in Brauereibetrieben schon Jahrzehnte bestehen, waren ihm ein Grund, und besonders im Bund der baltischen Kleinbrauerei führte Herr Herder eine besondere „Autorität“ das große Wort. Er behauptet dort, die Angelegenheiten des Brauereiarbeiterverbandes wären nur bestehende Ansehen der Großbrauereien, die es auf den Ruin der Kleinbrauereien abgesehen haben. Durch solche und ähnliche gedankenlose Schwägerinnen fand er natürlich im Kreise seiner Gleichgesinnten viel Anklang.

Es dürfte vielleicht einmal angebracht sein, den Schleier über die Geschäftsverhältnisse des Herrn neuliebenden Kleinbrauereibesizers etwas zu lüften. Das Schicksal, das Herr Peter und sein Braumeister den Arbeiterführern und den sozialdemokratischen Ministern müncht, wird ja ihm nicht zurecht werden, nämlich, daß die Genannten „an die Wand geprügelt“ werden sollten. Bis jetzt hat aber Herr Peter weder einen Arbeiterführer noch einen Streikposten eingeschlossen, wie er bei Ausbruch des Streiks angekündigt hat, sondern schon am ersten Streiktag ist er jämmerlich zu Kreuz gekrochen. Er und sein Braumeister, den er mit einem Wochenlohn von 62 Mk. abweist, arbeiten wohl einmal zur Abwechslung mit Leiharbeitskräften, aber trotz guter „Selbstversorgung“ reicht ihre Kraft nicht aus, die Arbeit zu bewältigen; mit knapper Not konnten die Kauler im Still zurückerhalten werden. Die Brauereiarbeiter hätten sich bei dem schändlichen Peter gerne noch einige Tage in der freien Natur aufgehalten, aber Herr Peter hatte es sehr eilig, und nachdem er seine Unterschrift unter den Tarifvertrag gesetzt hatte, wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Wir hoffen, daß Herr Peter nun in Frieden und Einklang mit den Arbeitern und der Organisation auszuformieren sucht und den Tarifvertrag auch richtig einfaßt, dann werden wir keinen Grund mehr haben, uns zu beklagen über die Arbeit niederzuliegen.

Für die Brauereiarbeiter ist der Kampf mit der Brauerei ein großer moralischer Erfolg und für das rüstständige Unternehmertum in Achern ein Menetekel. Denn es gibt dort noch mehr Peters, die auch noch glauben, mit den Arbeitern und den Geheken Schindluder treiben zu können. Besonders in den Weinbaukreisen. Der Achtstundentag dauert in diesen Geschäften noch von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends. Dies begründen die Herren Besitzer damit, daß den Gehilfen Gelegenheiten gegeben werden muß, während der Pausen für sich Privatarbeiten ausführen zu können. Wer laßt da nicht bei dieser Unmenschlichkeit der Acherner Spießbürger. Das Bezirksamt müßte da viel energischer vorgehen. Fehlt es an Mut oder am guten Willen? — Sacum, Arbeiter von Achern! berlaßt euch nicht auf die Bureaucraten und väterlich besorgten Arbeitgeber, sondern sucht auch eine Organisation, die gewillt ist, mit diesen Mißständen aufzuräumen und zeitgemäße Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

† Bruchsal. In der Bruchsaler Aktienbrauerei i. S. Fr. Höpfer, Karlsruhe, wurde die neue Steuerzulage von 15 Mk. pro Woche ebenfalls ausbezahlt.

Die Bierkeller in den Niederlagen der Mannheim-Brauereien werden immer noch mit niedrigen Löhnen abgepeist, obwohl sich die Mannheimer Brauereien immer über die mittelhochdeutschen Lohnverhältnisse aufhalten. Wenn sie aber die Löhne bezahnten, die in den Mittelbuden eingeführt sind, findet man bei den Mannheim-Brauereien keine Gegenstände. Theorie und Praxis ist hier zweierlei.

† Weiden. Unsere Tarifbewegung, welche anfänglich absolut nicht zum Klappen kommen wollte, ist nun für die Brauereien Weiden und Umgebung zum Abschluß gebracht worden. Die geplante Landesregelung hätte die Erledigung bis ins Unendliche hinausgezogen, weil die dazu erforderliche Organisation der gesamten Unternehmer in Württemberg noch nicht geschaffen ist. Die Brauereiarbeiter hier stellten sich auf den Standpunkt, daß sie nicht gewillt sind, so lange zu warten, bis die gesamten Unternehmer unterhandlungsfähig sind, sondern drängten auf sofortige Erledigung, wozu sie auch durch die fortgesetzte Steigerung der Lebenshaltung gezwungen waren.

Die Neuregelung des Tarifs brachte uns eine Lohn-erhöhung von 25 Proz. für alle Kategorien. Die Arbeitszeit beträgt 47 Stunden in der Woche. Urlaub wird vom ersten bis fünften Dienjahr drei bis zehn Tage gewährt. In Krankheitsfällen, durch Unfall hervorgerufen, wird vom ersten Tage ab auf die Dauer von vier Wochen der volle Lohn, bei sonstigen Erkrankungen für die gleiche Zeit bis zwei Drittel des Lohnes, abzüglich des Krankengeldes, bezahlt.

Wenn auch nicht alle Wünsche restlos erfüllt wurden, so können wir uns doch mit dem Erreichten zunächst zufriedengeben.

† Kaiserlautern. Auf die eingereichten Lohnforderungen hatten die Brauereien mitgeteilt, daß sämtliche Brauereien eine Unterhandlung sowie eine Lohnforderung ablehnen; und es sei lächerlich, was wir verlangen, nach nicht lange haben wir Forderungen gestellt und jetzt seien wir wieder, das; auch sei keine Steigerung der Lebensmittel eingetreten.

In einer Zusammenkunft der Arbeiterausschüsse und Betriebsversammlungen der Brauerei Gänisch wurde das Schreiben bekanntgegeben und beschlossen, daß die Arbeiterausschüsse am andern Tage früh in jedem Betrieb vorstellbar werden sollen, daß mit der Verhandlung verhandelt oder die Forderung bewilligt wird. Abends unterhandelten die Brauereien und bewilligten 15 Mk. Zulage. Das Ergebnis befriedigte nicht, nach einträglichem Streik am 12. August bewilligten die Brauereien noch 200 Mk. Entschuldigungsgehalt für Arbeiter von 18 Jahren ab, 100 Mk. für solche unter 18 Jahren. Damit haben wir unsere Löhne den anderen Zahlstellen gegenüber wenigstens etwas in Einklang gebracht. Können die Kollegen nun im Verbande zusammenhalten, da sie gesehen haben, was ihnen die Organisation und die Einigkeit nützt. Was wenn einer noch abseits vom Verbande stehen sollte, der weiß nun, was er zu tun hat.

Mühlen.

† Weimingen. Am 9. August befragte sich eine vollständig besuchte Mühlenarbeiterversammlung mit dem Ergebnis der Tarifverhandlung mit dem Arbeitgeberverband der bayerischen Mühlen betriebs. Abschluß eines Kreisstatutvertrages für Schwaben, wobei Kollege, Holzrainer Bericht erstattete. Er schilderte die unbilligsten Lohnverhältnisse der Mühlenarbeiter; wurden doch in erster Reihe von Mühlen die Arbeiter noch mit 22 Mk. Wochenlohn und darunter abgefunden. Nur in Kaufbeuren wurde seit einiger Zeit eine Steuerzulage von wöchentlich 12 Mk. gewährt. Die Arbeitgeber konnten sich bei der Beratung der Notwendigkeit einer entsprechenden Lohnauf-

besserung nicht verschließen, sie haben aber über die Kommunalverbände, welche meistens noch unzureichende Mählohne bezahlen, sowie über die Erhöhung der Strompreise, die außerordentlich hohen Auslagen für den Fuhrpark und nicht zuletzt über die mangelhaften Mählaufträge usw. lebhaft Klage geführt. Die Verhandlung gestaltete sich äußerst hartnäckig, zumal auch der Schlichter die Beratungen mit immer neuen Streitpunkten hinauszuzögern versuchte, wobei die Geduld der Arbeitervertreter auf eine harte Probe gestellt wurde.

Trotz dieser Gegenstände ist der Tarifvertrag zustande gekommen. Die Löhne für die gelehrten Müller in Weimingen, Kaufbeuren usw. wurden auf 76 Mk. festgesetzt. Fahrer und Hilfsarbeiter erhalten einen Wochenlohn von 73 Mk. Die Arbeitszeit für die Fahrer wurde geregelt, die Fahrzeit auf acht Stunden festgesetzt. Sonntagsfällern wird pro Stunde mit 1 Mk. vergütet. Im übrigen wird die Sonn- und Feiertagsarbeit mit einem Lohnzuschlag von 50 Proz. überarbeitet an Wochentagen mit 25 Proz. Zuschlag vergütet. Der Urlaub beträgt heuer vier bis sechs Wochentage, im nächsten Jahr bis zu acht Wochentagen. Einseitlich einer Entschädigung nach § 618 wurde jedes Entgegenkommen abgelehnt. Die Löhne in den kleinen Provinzmühlen und Landmühlen betragen für Müller 72 Mk. für Fahrer und Hilfsarbeiter 69 Mk. die Woche. Nebenbei sind auch für diese Mühlen die obigen Bestimmungen maßgebend. Beim Vertrag ist eine zweimonatliche Kündigungsfrist vorgesehen.

Mit Abschluß dieses Tarifvertrages wurde immerhin ein nennenswerter Fortschritt erzielt. Die Lohnaufbesserung beträgt in den meisten Orten 20 bis 24 Mk. pro Woche. Vor allem müssen aber die Mühlenarbeiter darauf bedacht sein, daß dieser Kreislohn in allen namhaften Mühlen Anerkennung findet. Dazu ist es aber unbedingt notwendig, auch in den ländlichen Mühlen und Provinzmühlen, die Mühlenarbeiter der Organisation zuzuführen. Unter den unwürdigen Verhältnissen, die in den Kundenmühlen noch vorherrschen, haben alle Mühlenarbeiter zu leiden. Nur infolge der schwachen Organisation in den ländlichen Orten konnten die Kleinmühlen den Versuch wagen, den Achtstundentag wieder über den Hausen zu werfen.

In der Diskussion wurde besonders das Verhalten der Unternehmer, welche hinsichtlich einer Entschädigung bei Krankheit jedes soziale Verständnis vermissen lassen, lebhaft kritisiert. In dieser wichtigen sozialen Frage werden die Arbeitgeber ihren Standpunkt noch ändern müssen. Der Vertrag wurde angenommen.

Verchiedene Betriebe.

† Karlsruhe-Mühlacker. Es waren in letzter Zeit in allen zugehörigen Betrieben Lohnbewegungen durchzuführen. Nachdem der württembergische Landesrat für die Brauereien nicht zur Erledigung gelangte, haben wir bei der Brauerei Gev. Leo um eine Erhöhung der Steuerzulage nachgehakt und wurde eine solche von 25 Mk. pro Woche ab 1. Juli genehmigt. Die Firma hat auch dieses Mal den Zeitverhältnissen Rechnung getragen und die Bedürfnisse der Arbeiter anerkannt. Auch in der Bierbierlage der Brauerei Kalle mußte laut Tarif die gleiche Zulage bewilligt werden.

Schwieriger gehaltenen sich die Verhandlungen mit den Mühlen, da diese immer noch Gegner eines Tarifvertrages sind. In den deutschen Holzmehlwerken wurde eine Zulage von 90 Mk. pro Woche bewilligt und der Abschluß eines Vertrages zugesagt, sobald das Werk für die Kreisproduktion umgestellt ist. Bei der Kunstmühle Gebr. Bauer kam es aber zur Arbeitsunterbrechung, da die Bewegung schon ein halbes Jahr im Gange war, ohne daß sich die Herren auf irgendein Zugeständnis einließen. Dadurch wurde die Geduld der Kollegen erschöpft. Durch das einige Vorgehen wurde der Niederkampf schnell gebracht und schon am ersten Streiktag kam der Tarifvertrag zum Abschluß, um den die Kollegen schon vor dem Streik bis jetzt kämpften. Da alle neuzeitlichen Forderungen wie Arbeitsnachweis, Organisationspflicht, Betriebsräte in dem Vertrag niedergelegt sind, so dürfte derselbe für die württembergischen und badischen Mühlen von vorläufiger Bedeutung sein.

Korrespondenzen.

† Karlsruhe. In der Gründungsversammlung der hiesigen Zahlstelle sprach Kollege Rahus über die Entwidlung des Mühlenarbeiterverbandes. Die Gründung fiel noch unter die Nachwirkungen des Sozialkriegenes. Trotz aller Schwierigkeiten setzte sich die Gründung des Verbandes durch. Durch die damaligen traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nahm der Verband einen raschen Aufschwung. Redaktion und Verlag der Zeitung übernahm Kollege Kappeler-Altenburg. Uebergehend zu den Beschlüssen der einzelnen Verhandlungen: erörterte der Referent, daß trotz der vorübergehenden Trennung in einen süd- und norddeutschen Verband und der daraus entstehenden persönlichen Differenzen, nachdem die Vereinigung der beiden Verbände wieder erfolgt ist, ein stetiger Aufschwung zu verzeichnen war. Die Entwidlung der Mühlenindustrie und die daraus entstehenden immer mehr Kampfe machten ein Zusammengehen mit dem Brauereiarbeiterverband notwendig, auch im Interesse einer stärkeren Agitation unter den Mühlenarbeitern. In dem nun vorgelegten Bescheid des Verbandes kam derselbe mit Stolz zurückzuführen auf die Kulturarbeit, welche gerade den unter traurigsten Verhältnissen schaffenden Mühlenarbeitern zuzuteilen kam. Der Referent schloß seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen, daß nachdem der Arbeiterverband durch die Revolution des uneingeschränkte Koalitionsrecht und der Achtstundentag gestärkt sei, auch die Mitglieder der neuen Zahlstelle als Kampfbewegungs Arbeiter ein Mitglied der deutschen Arbeiterbewegung werden könnten.

Nach der Wahl des Vorstandes hat der als Vorsitzender gewählte Kollege Rahus die Mitglieder um ihre Unterstützung nur dadurch sei es möglich, die Interessen der Mitglieder zu vertreten. Ferner gab der Vorsitzende den eingereichten Lohn-

Schüler, berichtete hierauf über die mündlichen Besprechungen, welche mit der Firma stattfanden. In der ganz geringfügigen Zulagen lehnt die Firma die Einführung der Wochenlöhne ab, ebenso jegliche Aufbesserung der im Brauereibetriebe beschäftigten Arbeiterinnen. Nach eingehender Diskussion beschließt die Versammlung, die Vertreter der Organisation zu beauftragen, die im Tarif enthaltenen sehr bescheidenen Forderungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen und stellt sich die Arbeiterkassette geschlossen hinter die Organisation und die Betriebsräte.

Die obigen Ausführungen eines Vorgesetzten gegenüber der Gesamtarbeiterschaft wurden einer Kritik unterzogen und der Betriebsrat beauftragt, diesem Vorgesetzten nachzugehen, herabsetzende Äußerungen zu unterlassen, die nur geeignet sind, Verhinderung unter der Arbeiterschaft zu erzeugen. — Schließlich ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, die Statuten des Verbandes auch durchzuführen, für fleißigen Versammlungsbesuch Sorge zu tragen, denn mit Beitragszahlen allein sei die Mitgliedschaft nicht erfüllt, sondern nur in gemeinsamer Arbeit. Mit dem Wunsche, daß die neue Zahlstelle blühen und gedeihen möge zum Nutzen der Gesamtarbeiterschaft wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

† Berlin. Die Generalversammlung am 15. August wählte die unbesetzten Mitglieder in den Hauptvorstand, bestimmte die Kandidaten zum Verbandsvorstand und erlegte die folgenden Aufgaben. Schwedler stellt und begründet den Antrag, das Prozentgesetz sowie das Sigmewien beim paritätischen Arbeitsnachweis für das Brauereibetriebe aufzuheben. Es sei eine Verurteilung an den Arbeitgeber, wenn mit dem Prozentgesetz nicht angesetzt werde, das Sigmewien werde vielfach nicht zum Vorteil der Arbeitlosen ausgenutzt, andererseits behende die Abschaffung eines Entschuldigungsbescheides. Die Versammlung stimmte sich für Aufhebung des Prozentgesetzes aus und beauftragt die Kreisverwaltung, dahingehende Schritte bei dem Kuratorium des Arbeitsnachweises zu unternehmen, dagegen sei das Sigmewien vorläufig beizubehalten. Schumacher sprach sodann über Arbeitsgemeinschaften. Die Gewerkschaften haben große Kämpfe um ihre Anerkennung geführt, vielfach noch bis zu Ausbruch des Krieges. Wenn jetzt gegen die Arbeitsgemeinschaften opponiert wird, so warte er darauf hin, daß die Arbeiter schon seit Jahren haben und gut dabei gefahren sind. Unsere Arbeitsgemeinschaft hat auch Eingang genommen auf die Zustimmung von Kohlen und Gütern für die Brauereien und habe so weitere Betriebsverhältnisse vermindert. Die gewählten Listen, die der Krieg und der Friedensschluß und außerdem hat stellen und vorbringen angefaßt, unsere darzulegenden Prinzipien, die die Arbeiterschaft nicht allein lösen kann, dazu bedarf es der Arbeitsgemeinschaft. Nach erfolgter Diskussion — eine von Kollege eingetragene Resolution wurde vom Antragsteller zurückgezogen — gab Kollege den Kassierbericht vom zweiten Quartal. Für die freigewordene Stelle eines Kassierers im Ortsverein kommen Bloßmann und Grogg für die engere Wahl.

Kassel. Am Sonntag, 10. August, fand hier eine Mitgliederversammlung statt, in der die Kollegen aus Kassel, Dordt, Gochern und Willensberg erschienen waren.

Kollege Schumacher, Frankfurt, gab den Bericht vom Verbandstage. Eingang des Berichtes legte er den anwesenden Kollegen die Notwendigkeit, den Zweck und die Bedeutung des Verbandstages klar. Er meinte: der Delegiertentag (Verbandstag) sei für den Verband, unsere Berufsorganisation, die entscheidende Instanz. Und das Statut, was jeweils durch den Verbandstag beraten und beschlossen wird, unsere Verfassung, die für jedes Mitglied des Verbandes bindend sei. Nach Erörterung der Notwendigkeit der Klärung des Einzelwillens unter den Gesamtwillen, ohne die keine Vereinigung, keine Organisation für ihre Mitglieder etwas leisten kann, befragte er die Arbeit des Verbandstages. Die notwendig durch die Selbstverwaltung, die Beschlüsse des Verbandstages bezüglich der Tariffrage waren, legte Kollege Schumacher im einzelnen dar. Er forderte am Schluß seiner Ausführungen die Kollegen auf, sich durch Einsichtnahme in unser Verbandsstatut mit den Pflichten und Rechten aller Verbandsmitglieder vertraut zu machen, ferner ermahnte er die Kollegen, Disziplin zu wahren, jeder soll bemüht sein, sich zunächst selbst zu erkennen, um sich selbst erziehen zu können. Dann wird es auch den neuen Mitgliedern unseres Verbandes schon in naher Zukunft möglich sein, organisiert und organisiert tätig am Interesse des Gesamtverbandes mitwirken zu können.

In zweiten Punkt der Tagesordnung leiteten die Kassieranten Kollegen des Anwesens ihrer Betriebsleitung, den § 5 des Tarifvertrages, § 618 B.G.B. betreffend, zu veröffentlichen, einstimmig ab.

Köln. Die hiesige Aktienbrauerei scheint sich noch nicht in die neuen Verhältnisse der Arbeiter hineingefunden zu haben. Wiederholt sind Klagen darüber laut geworden, daß die Brauerei den Tarifvertrag nicht innehat. Der Zeitung sind aber wohl auch die Forderungen des Betriebsausschusses fremd, kann wäre es nicht zu erklären, daß sie bezüglich Entlassung von Arbeitern ihren alten Herr-im-Gaule-Standpunkt verteilte und Arbeiter kündigt, ohne den Betriebsausschuss davon zu benachrichtigen. So auch der Brauer Götz und Kollege verlangte Zurücknahme der Kündigung, dem nachzukommen: der Braumeister sich weigerte. So hätte sich denn der Schlichtungsanspruch mit der Angelegenheit zu befassen. Der Braumeister, der auch hier seinen Standpunkt nicht revidieren wollte, wurde aber klar gemacht, daß seine Kampfbereitschaft vorüber ist. Der entlassene Brauer wurde 3 Wochen Lohn und Lebensunterhalt für zwei Monate sowie sonstige Nebenleistungen zugesprochen. Jetzt scheint der Braumeister aber durch juristisch geschulten Schlichter, dem Wiedererhalten des Lebensunterhalt machen zu wollen. Der Herr möge aber gewarnt sein, sonst könnte die Arbeiterschaft den Spieß mal umdrehen.

Leipzig. In der am 12. August abgehaltenen Mitgliederversammlung erstattete der Kollege Strauß, Sohn, den Bericht vom Gewerkschaftstag in Nürnberg. In der Zeit

